

Überalterung der Deutschen drückt langfristig das Wachstum

Volkswirte fordern steigende Erwerbsbeteiligung der Älteren und aktive Bevölkerungspolitik

Die starke Alterung der deutschen Gesellschaft und der Bevölkerungsrückgang könnten in den zwanziger Jahren dieses Jahrhunderts zu einer chronischen Wachstumsschwäche führen. Das befürchten führende deutsche Ökonomen wie der Präsident des Münchener Ifo-Institutes, Hans-Werner Sinn, und der frühere Präsident des Kieler Instituts für Weltwirtschaft, Horst Siebert.

Ökonomen und Bevölkerungswissenschaftler sind sich weitgehend einig: Um die negativen Konsequenzen der Bevölkerungsalterung für Wachstum und Wohlstand in Grenzen zu halten, führt an einer stärkeren Erwerbsbeteiligung der Älteren kein Weg vorbei - nach Ansicht der Experten muss der Trend zur Frühverrentung umgekehrt, die Lebensarbeitszeit verlängert werden.

"Noch erleben wir die Ruhe vor dem Sturm", betont Axel Börsch-Supan, Ökonomie-Professor am Mannheim Research Institute for the Economics of Aging (MEA). Die Bevölkerungsalterung setze erst in etwa zehn Jahren ein. Die eigentliche Alterungsphase finde zwischen den Jahren 2010 und 2030 statt.

(...)

Für das Wachstumspotenzial des Landes hat die demographische Entwicklung nach Ansicht der Ökonomen erhebliche Konsequenzen: In alternden Gesellschaften gebe es eine Tendenz zur Erlahmung des wirtschaftlichen Wachstums, fürchtet Horst Siebert. Schließlich seien ältere Gesellschaften durch eine größere Risikoaversion gekennzeichnet. Das Arbeitsangebot werde in den zwanziger Jahren mit einer Rate von 0,9 Prozentpunkten pro Jahr zurückgehen - dieser Effekt koste rechnerisch pro Jahr 0,7 Prozentpunkte Wirtschaftswachstum.

Ifo-Chef Sinn schlägt in dieselbe Kerbe. Die Dynamik eines Landes komme vor allem von den jungen Menschen, argumentiert er im Gespräch mit dem Handelsblatt. Das Maximum der wissenschaftlichen Leistungsfähigkeit sei im Alter von 35 Jahren

erreicht. Die Unternehmensgründer seien im Durchschnitt auch gerade 35 Jahre alt. (...) Die Generation der heute Dreißigjährigen, die dann die Wirtschaft tragen müssten, sei bereits um 40 Prozent kleiner als die Gruppe der heute Vierzigjährigen. Sinn hält eine chronische Wachstumsschwäche für unausweichlich. Mit Zuwanderung alleine sei das Problem nicht zu lösen. Besser wäre es nach Sinns Auffassung, die Geburtenraten zu steigern - durch eine aktive Bevölkerungspolitik, die es jungen Familien attraktiver mache, Kinder zu bekommen.

Der Ifo-Chef empfiehlt finanzielle Anreize über das Steuersystem und einen Ausbau der Kinderbetreuung nach dem Vorbild der französischen Ecole Maternelle - einer Schule für noch nicht schulpflichtige Kleinkinder. Zudem sollten die Leistungen der gesetzlichen Rentenversicherung auch von der Kinderzahl eines Beitragspflichtigen abhängen.

Wirken würde eine solche Politik aber erst mit erheblicher Verzögerung. "Deswegen führt kein Weg daran vorbei, dass Deutschland seine älteren Bürger aktiviert", betont der Ifo-Chef. Das könne durch die Schaffung eines zweiten Arbeitsmarktes für die älteren Arbeitnehmer geschehen. Derzeit würden ältere Arbeitnehmer allzu früh ausgemustert, weil der Lohn mit dem Alter steige, die Produktivität aber falle und der Staat das frühe Ausscheiden sogar noch bezuschusse. Sinns Vorschlag sieht so aus: "Im Falle einer vorzeitigen Verrentung müsste der jährliche Rentenabschlag, der derzeit bei 3,6% liegt, auf den versicherungsmathematisch korrekten Wert von etwa 8% erhöht werden. Zum Ausgleich sollte unabhängig vom Zeitpunkt der Verrentung der freie Hinzuverdienst in einem neu abzuschließenden Arbeitsverhältnis ohne Steuern, Soziallasten und Tarifbindung ermöglicht werden."

Dann würde es viele neue gering bezahlte Stellen für Rentner geben, sicherlich auch viele Halbtagsstellen, die den Wünschen der Rentner entsprechen. Die Rentner würden diese Stellen annehmen, meint Sinn, weil sie ja nur einen Zuschuss zu ihrer Rente benötigten. Der Rückgang der Erwerbstätigkeit, da ist Sinn überzeugt, ließe sich so in einem erheblichen Umfang kompensieren.

Von Rainer Nahrendorf

Den vollständigen Artikel finden Sie im Handelsblatt vom 01.02.2005.